

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	40. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	25. Juli 2017, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

23.

Punkt 22 der Tagesordnung: Einrichtung weiterer Zonen mit Bewohnerparken
Antrag: GRÜNE
Vorlage: 2017/0471

Beschluss:

Verwiesen in den Planungsausschuss

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 22 zur Behandlung auf.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Ab und zu wird an uns herangetragen, dass doch vor der Haustür von jemandem Bewohnerparken eingeführt werden soll. An die Verwaltung kommen noch deutlich mehr Anträge. Darauf bekommen die Leute offenbar meistens die Antwort: Dies ist nicht vorgesehen, wir bleiben bei unseren bisherigen Bewohnerparkzonen. Das ist nicht die Bürgerfreundlichkeit, die wir gerne hätten, sondern die Leute sollten eine konstruktivere Antwort erhalten. Wir wollen nicht, was in der Antwort drinsteht, dass nun ganz Karlsruhe zur Bewohnerparkzone wird oder auch nur das alles untersucht wird, das wäre uns auch schon zu viel. Uns geht es eher darum, wenn jemand sich meldet, dass er auch ernst genommen wird. In manchen Fällen kann man ihm sicher schon antworten, es kommt gar nicht infrage, bei Ihnen vor der Haustür Anwohnerparken zu machen aus ganz konkreten Gründen – dann kann man ihm diese sagen, und dann werden es die Leute normalerweise auch einsehen.

In den Fällen, in denen es doch infrage kommt, sollte auch untersucht werden, ob es nicht nur ein Einzelner ist, der so etwas will, sondern ob er auch noch Leute hinter sich hat, und man sieht, es ist ein allgemeiner Wunsch, in diesem Viertel Bewohnerparken zu haben. In diesen Fällen sollte man konkret darüber nachdenken. Wir erhoffen uns davon, wenn mehr Bewohnerparken eingeführt wird, das zum einen das Einpendeln etwas erschwert wird, weil zu hoffen wäre, dass nicht allzu viele von draußen mit dem Auto reinkommen, und zum anderen, dass auch der Parksuchverkehr etwas reduziert wird. Wenn man weiß, man ist gar nicht berechtigt in der Straße zu parken, dann wird man gar nicht erst reinfahren.

Der zweite Aspekt war, dass bei den bisherigen Bewohnerparkzonen bis zum Dreifachen der Parkplätze an Ausweisen ausgegeben wird. Es kommt natürlich dazu, dass diese Autos nicht nur auf Bewohnerparkplätzen, sondern auch auf freien Parkplätzen abgestellt werden können - das Dreifache ist aber trotzdem sehr schwierig. Deshalb wäre uns lieb, wenn in solchen neuen Parkzonen dann auch nur die Zahl von Berechtigungen ausgegeben wird, denen auch wirklich ein Parkplatz entgegensteht, so dass die Leute dann eben nicht ihre Autos in Kreuzungen und vor abgesenkten Bordsteinen auf den Gehwegen und wo auch immer parken - wohlgemerkt, diejenigen, die einen Bewohnerparkausweis haben.

Mit der vorgeschlagenen Verweisung in den Planungsausschuss sind wir einverstanden.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Auch der CDU-Fraktion ist natürlich bekannt, dass viele Bürger sich immer wieder nach Bewohnerparkplätzen in der Verwaltung erkundigen. Uns ist eigentlich nicht bekannt, dass die Verwaltung nicht reagiert, und dass sie zumindest keine Antwort gibt, das ist für uns eine Neuerkenntnis. Ich glaube auch nicht, Herr Honné, so wie Sie gesagt haben, dass das an der Tagesordnung ist in der Verwaltung.

Bei den Bewohnerparkplätzen sagen wir, alles mit Maß und Ziel. Wir haben in dieser Stadt viel erreicht, was Bewohnerparken angeht. Ich glaube auch, wir müssen den Individualverkehr und die Pendler berücksichtigen und müssen denen Stellflächen bereitstellen, und wir müssen vor allem auch denjenigen, die in die Innenstadt kommen, die in den Einzelhandel wollen, die Flächen zur Verfügung stellen, dass sie parken können, da unterscheiden wir uns wieder.

Deshalb glaube ich, sind wir am richtigen Zeitpunkt, dass wir sagen, wir warten es ab und warten es vor allem aus einem Grund ab. Das Gehwegparken was umgesetzt wird, was in einigen Stadtteilen bereits begonnen hat, wird uns vor erhebliche Schwierigkeiten stellen. Es wird zu großen und massiven Problemen mit der Bevölkerung führen. Ich glaube, wenn wir dieses Problem abgeschafft haben, dann können wir noch mal darüber reden. Deshalb ist es richtig, dass es im Planungsausschuss zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert wird.

Stadtrat Zeh (SPD): Es ist auf jeden Fall gut und interessant, dass die GRÜNEN jetzt auch ihr Autoherz entdeckt haben mit diesem Antrag und dass die GRÜNEN auch erkannt haben, dass das Gehwegparken das Problem weiter verschärft. Das haben sie zumindest auch in der Begründung geschrieben. Ich glaube aber schon, in den Fragestellungen zeigt sich, wo es rechtlich zulässig und sinnvoll ist. Da sind durchaus auch schon die Problematiken erkannt, etwa wie Bewohner auch erwartbar einen legalen Parkplatz finden können. Dies würde die Verwaltung dazu führen, Wartelisten einzurichten. Das spricht ja für das Windhundverfahren, was nicht unbedingt die richtige Methode ist, um Parkplätze zu vergeben.

Ich bin auch nicht der Meinung der GRÜNEN. Jetzt wäre ein Blick in die Landesbauordnung hilfreich gewesen, wie sieht es bei Neubaugebieten aus. Da müssen alle Anwohner und letztlich jede Wohnung einen eigenen Parkplatz nachweisen. Die Parkplätze auf der Straße sind eigentlich für Besucher. Da ist es gerade umgekehrt.

Eigentlich wäre das auch in den Stadtteilen durchaus die adäquate Lösung, Quartiersgaragen zu errichten und dort die Bewohnerparkplätze anzubieten. Aber ich kenne es von der Südstadt, ich kenne es von der Weststadt, beides Mal wird es, da es etwas kostet, eher abgelehnt. Ich könnte Ihnen in der Südstadt innen drin massenhaft freie Parkplätze sagen, die man mieten müsste. Die Leute wollen auf den Straßen parken, weil es da nichts kostet. Das ist, glaube ich, auch nicht der richtige, vernünftige Ansatz.

Was mir beim Antrag fehlt - auch wir kriegen immer wieder die Hinweise - wo denn überhaupt geprüft werden soll. Zuletzt sind ein paar Bewohner aus der Südweststadt gekommen, einem durchaus grünen Stadtteil - von der Wahlfarbe her - die an der Kriegsstraße Anwohnerparken haben wollen, weil derzeit auch die Umbaumaßnahmen an der Kriegsstraße beginnen. Das ist genau das klassische Beispiel, dass es hier nicht genügend Parkplätze gibt. Erfolgreiche Bewohnerparkplätze haben wir in der Südweststadt beim ZKM oder bei der Bahnhofstraße, aber es sind da ganz andere Rahmenbedingungen, wo der Parkdruck von außerhalb auch da ist.

Sie schreiben, da wo Nichtbewohnerinnen ihre Autos nachts abstellen, aber meistens ist es ja eher so, dass tagsüber die Pendler irgendwo parken, während nachts tatsächlich nur die Anwohner Parkplätze suchen.

Wir können es im Planungsausschuss weiter diskutieren, aber eine Lösung finden wir nicht. Vielleicht könnten die GRÜNEN noch genauer spezifizieren, wo sie denn in Zukunft Bewohnerparken haben wollten.

Stadtrat Lancier (KULT): In der Begründung steht gleich als Allererstes drin, dass durch die vorgeschriebene Einschränkung des Gehwegparkens sich das Problem weiter erhöhen wird. Tatsache ist ja, dass überhaupt erst ein Gehwegparken ermöglicht werden sollte, d. h. die Zahl der legalen Parkplätze wird ja eigentlich, wenn überhaupt, dann erhöht. Das Problem wird dann aber an anderen Stellen verschärft dadurch, dass die vielen illegal geparkten Fahrzeuge jetzt irgendwo legal unterkommen müssen.

Um auf den Inhalt der Antwort der Verwaltung jetzt spezifisch zu kommen, wo es heißt, dass die Analyse jetzt erst einmal durchgeführt werden muss und diese zeit- und personalintensiv ist. Die Anforderung dafür ist darauf zurückzuführen, dass wir eine Gleichbehandlung durch die Ausweisung von Zonen der Bewohner effektiv ja nicht mehr durchführen. Eigentlich sind die Behörden ja dazu verpflichtet, gegenüber den Bewohnern eine Gleichbehandlung zu machen, d. h. jeder hat das gleiche Anrecht darauf, den Parkraum, der in der Stadt verfügbar ist, zu nutzen. Eine Parkraumausweisung für Anwohner bedeutet natürlich automatisch eine Bevorzugung der Anwohner. Ob das jetzt akzeptiert wird oder nicht als Recht des Anwohners, als quasi lokales Recht, das sieht natürlich jeder anders, der in der engen Parksituation ist - ich habe selbst mal auf der Kaiserstraße gewohnt - und der hat natürlich einfach ein Problem, das wesentlich über dem liegt von jemandem, der beispielsweise in den Höhenstadtteilen wohnt.

Nichtsdestotrotz muss ein guter Grund für eine solche Ungleichbehandlung vorliegen. Der muss eben auch so dargestellt werden, dass er von den Behörden vertreten werden kann. Daher sehen wir den Vorschlag positiv, dass das Ganze über eine externe Firma

untersucht werden soll, um eine objektive Beurteilung zu erhalten, ob ein Grund vorliegt oder nicht für den jeweiligen Bereich und warten ab, was dabei herauskommt.

Der Bürgerschaft sollten bis zum Vorliegen der Ergebnisse keine Versprechungen gemacht werden, aber auch keine Zwänge auferlegt werden. Wenn sich dann ein Grund oder der Bedarf für ein Anwohnerparken ergibt, dann wird die Verwaltung diese Maßnahme sicher auch ohne großen Aufstand umsetzen. Darauf hoffen wir, und darauf vertrauen wir.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Kollege Lancier, das hört sich jetzt so an, als ob die Einführung des Verbots des Gehwegparkens die Anzahl der Parkplätze erhöht hätte. Tatsächlich ist es doch so, dass die Stadt zulässt, dass man auf dem Gehweg parkt, so lange genügend Platz für Kinderwagen vorhanden ist. Es wird ja jedes Mal ausgemessen, und wer zu nah an der Hauswand steht, der kriegt einen Knollen, und das finde ich auch richtig so. Durch die Einführung des Verbots des Gehwegparkens in manchen Bereichen wurde die Anzahl der Parkplätze deutlich verringert, weil vorher die Leute selbst ihre Autos so geparkt haben, dass eben die Fußgänger noch vorbei gekommen sind, sonst gab es eben einen Knollen, und dass der Verkehr vorbei fließen konnte, ohne dass sie eingezeichnete Parkflächen dafür benutzt haben. Das heißt, der Raum wurde deutlich effizienter zum Parken genutzt. Jetzt wird durch das Verbot des Gehwegparkens und durch das Einführen der eingezeichneten Parkplätze die Anzahl der Parkmöglichkeiten deutlich verringert. Die Stadt verringert also, in den Bereichen, wo das Gehwegparken verboten wird, die Anzahl der Parkplätze deutlich. Dann ist natürlich die Folge, dass die Anwohner keinen Parkplatz mehr finden. Dementsprechend kommen sie wieder und wenden sich an uns, wenden sich an die Verwaltung und sagen, sie wollen Sonderrechte als Anwohner. Das zeigt uns eigentlich, dass dieses Verbot des Gehwegparkens der falsche Weg ist.

Ich hatte ja, als dies zum ersten Mal eingeführt werden sollte, darum gebeten, dass es flächendeckend noch vor der Landtagswahl eingeführt wird. Den Gefallen haben Sie uns leider nicht getan. Sie führen es nach und nach ein, damit der Aufschrei nicht so groß ist. Was ich beobachten kann, in dem Bereich, wo die Einrichtung dieser eingezeichneten Flächen und das Verbot des Gehwegparkens erfolgt, ist, dass sich die Leute im ersten Moment dran halten, dann wird er Druck einfach so groß, dass sie sich nicht mehr dran halten können. Dann ist vorprogrammiert, dass die Leute irgendwo parken, wo sie nicht dürfen. Dann hat man am Ende eigentlich eine schlimmere Situation als vorher, weil vorher hat man sich irgendwie arrangiert, jetzt geht es durch den Druck einfach nicht mehr anders und man muss sich wo hinstellen, wo es wirklich verboten ist. Oft genug sind dann die Gehwege, die vorher freigehalten waren, blockiert.

Für mich ist diese Zunahme an Anfragen für Anwohnerparken ein deutliches Symptom dafür, dass die Idee mit dem Verbot des Gehwegparkens die falsche war. Ich finde, wir sollten an der Stelle zurückrudern und es nicht noch weiter forcieren.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Wir können nicht zurückrudern, weil die Straßenverkehrsordnung so ist, wie sie ist und wir schon mehrfach auch von unseren dienstvorgesetzten Behörden aufgefordert wurden, das endlich umzusetzen. De jure steigern wir die Zahl der offiziellen Parkplätze durch das Verbot des Gehweg-

parkens und die entsprechenden Maßnahmen, faktisch reduzieren wir sie natürlich, insofern hat jeder recht.

Wir nehmen das jetzt gerne in den Planungsausschuss. Ich möchte nur noch mal darauf hinweisen, dass der Wunsch vieler Bewohnerinnen und Bewohner nach Bewohnerparken den Bewohnern suggeriert, sie hätten sozusagen dann ein Anrecht auf einen Parkplatz. Es ist rechtlich eben nicht möglich, zu sagen, wir geben nur so viele Parkausweise aus, wie wir Plätze haben, denn jeder, der da wohnt, hat das Anrecht darauf. Da muss man die Parkraumbewirtschaftung auch auf den anderen Parkplätzen machen, denn sonst holen sich die Bewohner nicht den Bewohnerparkplatz, sondern stellen sich auf den anderen. Ich habe das alles in der Weststadt wirklich ein paar Jahre ausgiebig genossen. Das ist eine relativ komplexe Materie und insofern finde ich den Vorschlag gut, es im Planungsausschuss noch mal hin und her zu wägen, das ist das eine.

Das andere, Herr Stadtrat Honné, wenn Sie von Bürgern Rückmeldung kriegen, das wir irgendwie unfreundlich geantwortet hätten oder gar nicht, dann sollen die sich bitte auch noch mal an uns wenden, denn das ist noch eine andere Thematik. Das nehmen wir gerne auf und schauen mal, ob der Bürger sich berechtigt beschwert.

Gut, der Planungsausschuss beschäftigt sich damit. Das wird sicher eine gute Diskussion.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
10. August 2017